

PUTIN IN DEN FUSSTAPFEN BRESCHNJEWS?

Ein Vergleich zwischen dem Sowjetsystem und dem System Putin

HANNES ADOMEIT || Im Oktober 2011 stellte Putin apodiktisch fest: „Die Sowjetunion – auch das ist Russland, nur unter einem anderen Namen.“¹ Seitdem haben sich die Dinge in der dritten Amtszeit des Präsidenten so rasch und dramatisch entwickelt, dass man versucht sein könnte, die umgekehrte Feststellung zu treffen: „Russland – auch das ist die Sowjetunion, nur unter einem anderen Namen.“ So weit ist es allerdings nicht, und dazu wird es auch nicht kommen. Der Marxismus-Leninismus als Ideologie ist tot, und die Sowjetunion mit seinen fünfzehn Republiken staatsrechtlich wiederherzustellen, ist schlichtweg undenkbar. Dennoch sind wichtige, von Stalin aufgebaute, von Chruschtschow aufgelockerte, aber von Breschnjew, Andropow und Tschernenko wiederhergestellte Strukturelemente des Sowjetsystems in das „System Putin“ eingeführt worden. Dies betrifft alle Dimensionen der Entwicklung Russlands.

EINPARTEIENSTAAT BRESCHNJEWS UND DAS „SYSTEM PUTIN“

Wie der Generalsekretär der KPdSU in der Sowjetära und der Zar vor der Revolution 1917 ist der Präsident der Russischen Föderation Dreh- und Angelpunkt der russländischen Innen- und Außenpolitik. Es ist im Wesentlichen aufgrund dieser Tatsache, dass das gegenwärtige Regierungssystem treffend mit dem Begriff „System Putin“ charakterisiert werden kann. Wie in der Sowjetunion und vorher im Zarenreich wird das Staatsoberhaupt mit einem Glorienschein umgeben – „Personenkult“ nannte man dies in Sowjetzeiten. Während dieser damals primär eine Parteiangelegenheit war, ist er unter Putin zu einem großen Teil auch Selbstinszenierung. Der Kreml-Chef setzt sich ans Steuerpult von Kampfjets, geht mit Mini-U-Booten auf Tauchgang, steht auf der Kommando-Brücke von Kriegsschiffen und Eisbrechern, taucht mit griechischen Amphoren aus dem Schwarzen Meer auf, holt mit nacktem Oberkörper und Angel riesige Fische aus Gewässern, bändigt Tiger und Eisbären und fliegt mit den Kranichen nach Sibirien. Selbstinszenierung ist allerdings nicht Selbstzweck, sondern verbindet sich mit von der Präsidialadministration ge-

schickt aufgebauter Inszenierung. Dies betrifft vor allem die zentrale Rolle, die Putin tagtäglich im landesweiten Fernsehen auf allen Kanälen einnimmt. Dort wird das Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu einem alles wissenden, kontrollierenden und entscheidenden Führer aufgebaut, der sich unermüdlich um die Belange des Landes kümmert. Ein Kernelement sind dabei die Empfänge von Ministern in seinem Arbeitszimmer im Kreml – Vorstellungen, bei denen Putin gezeigt wird, wie er aufmerksam zuhört, kommentiert und kritisiert, ermahnt und Anweisungen herausgibt.

Die Inszenierungen erwecken den Eindruck, als sei Putin Alleinherrscher. Ganz so falsch ist dieser Eindruck nicht. Vor allem nicht im Vergleich zur Sowjetära, denn nach der Diktatur Stalins und den Alleingängen Chruschtschows wurden Entscheidungen im Kreml im Konsens, im Rahmen der „kollektiven Führung“ gefasst. Die Verhältnisse unter Putin sind anderer Art. Es gibt kein Politbüro mit einem *primus inter pares*. Vielmehr gibt es im Machtdunstkreis des Präsidenten informelle Einflussgruppen. Dazu gehören private Unternehmensgruppen (so beispielsweise LUKoil, Interros, Deripaska, Abramowitsch, Alfa-Renova und Tschubajs), füh-

rende Repräsentanten aus den staatlich kontrollierten „strategischen Sektoren“ der russländischen Wirtschaft wie der militärisch-industrielle Komplex, Gasprom und Rosneft, Seilschaften geographischer Herkunft („Moskauer“ und „Petersburger“) und ein gemeinsames Karriereprofil, hier vor allem der Geheimdienst, dem Putin entstammt. In diesem komplexen Machtgefüge aus Politik, Geschäftswelt und Staatsbürokratie gibt es sowohl enge Verbindungen als auch scharfe Konflikte. Zusammen konstituieren sie das Machtkartell, die Macht (*wlast'*) schlechthin im Staate. Im Gegensatz zu westlichen Regierungssystemen und klassischen Vorstellungen von Korporatismus oder Neokorporatismus haben sich die Interessengruppen jedoch organisatorisch nicht zusammengeschlossen. Dies erklärt die starke Stellung Putins im Regierungssystem. Er kann das Machtgleichgewicht unter den Gruppen bestimmen und bei wichtigen Entscheidungen den Ausschlag geben. Ohne ihn geht jedenfalls nichts. Dies entspricht weniger der Stellung Breschnjews im Kollektivorgan Politbüro als der Stalins.

Zentralisierung

Eine weitere starke Gemeinsamkeit zwischen dem Sowjetsystem und dem System Putin ist die Zentralisierung, die Wiederherstellung der Machtvertikale (*wertikal' wlasti*).² Die sozioökonomischen Diskrepanzen zwischen den Regionen haben seit Ende der 1990er-Jahre enorm zugenommen. Kontrolle übt Moskau durch die Zentralisierung von Kompetenzen, durch administrative Aufsicht, durch föderale Transfers, durch einen bilateralen Verhandlungsmodus, vor allem aber über die Personalpolitik aus. Starke Gouverneure demonstrierten bis in die erste Putin-Administration hinein (2000-2004) regionale Autonomie und Lobbyismus gegenüber dem Zentrum. Doch infolge der Ernennung der Gouverneure ab 2004 wurde die Fähigkeit, politische Unterstützung für Putin zu mobilisieren, entscheidend für das Überleben als Gouverneur. Daran hat sich nach der Wiedereinführung der Direktwahl nicht viel geändert.³ Das Fehlen von regionalen Parteien und die Kontrolle des Kremls über die Parteienregistrierung und den Parteienwettbewerb schränken den innerregionalen Wettbewerb ein, die Gou-

verneure verbinden sich überwiegend mit der „Partei der Macht“, der Partei „Einiges Russland“.

Einheitspartei „Einheitliches Russland“

Eines der Hauptmerkmale des Regierungssystems der Sowjetunion war der *Einparteienstaat*, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei (KPdSU), das in Artikel 6 der unter KPdSU-Generalsekretär Breschnjew 1977 in Kraft gesetzten Verfassung verankert wurde. Dort heißt es lapidar: „Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems [und] der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen ist die KPdSU.“ Die Kommunistische Partei, das heißt faktisch die Parteispitze in Form des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees, erklärte sich hiermit als allein zuständig für die Konzipierung und Ausführung aller Bereiche der Innen- und Außenpolitik.

Natürlich wäre es übertrieben, Einiges Russland mit der KPdSU gleichzusetzen, aber einen wichtigen Kern gibt es doch: In den Wahlen vom Dezember 2011 errang die ER-Partei die absolute Mehrheit. Die zweitgrößte in der Duma vertretene Partei ist Gerechtes Russland (Sprawedliwaja Rossija, SR). Wie die politische Wirklichkeit zeigt, kann sich Putin bei Gesetzgebungsakten darauf verlassen, dass die SR auf Regierungslinie bleibt. Das war schon kurz nach der Gründung der Partei 2006 klar, als sich der damalige (und heutige) SR-Parteivorsitzende, Sergej Mironow, öffentlich zu einer grundsätzlichen Unterstützung der damaligen Politik Putins bekannte. Ebenfalls verlassen kann sich das Regierungslager auf die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) – eine Organisation, die zwar, wie der Name besagt, „russisch“ (nationalistisch, anti-semitisch, rechtspopulistisch und rechtsradikal) ist, aber keineswegs „liberal“ und „demokratisch“. Herausragendes Kennzeichen ist ihre Käuflichkeit. Lediglich die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF) kann den Anspruch mit einiger Glaubwürdigkeit erheben, Oppositionspartei zu sein. Eine eindeutige Parallele zur Sowjetära ist infolgedessen die Tatsache, dass die Duma wie früher der Oberste Sowjet praktisch bedeutungslos ist. Die Exekutive in Form des Präsi-

dentem und der Präsidialverwaltung sind wie früher der Generalsekretär und das Sekretariat der KPdSU das beherrschende Machtinstrument.

Politische Kontrolle der Justiz

Die Herabstufung der Legislative zu relativer Bedeutungslosigkeit ist ein wesentliches Merkmal im Rahmen der Aushebelung des Prinzips der Gewaltenteilung im System Putin. Ein zweites ist die auch in der Sowjetära geltende Wiederherstellung politischer Kontrolle über die Judikative. Das Paradebeispiel dafür sind die Umstände der Verhaftung und Verurteilung des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Jukos-Ölkonzerns, Michail Chodorkowskij, der Zerschlagung seines Konzerns und die Übereignung der Filetstücke seiner Firma in undurchsichtigen Auktionsverfahren an russische Staatsunternehmen um den Energiekonzern Rosneft. Vermuteter Initiator und Hauptnutznießer des Verfahrens war und ist ein Günstling Putins, ex-KGB Mitarbeiter Igor Setschin. Die Tatsache, dass die Zerschlagung des Jukos-Konzerns politisch motiviert war und die Firma absichtlich in den Bankrott getrieben wurde, wurde in einem Urteil des internationalen Schiedsgerichts in Den Haag vom Juli 2014 bestätigt. Den ehemaligen Anteilseignern wurde eine Entschädigung von 50 Milliarden USD zugesprochen. Russland erkennt das Urteil jedoch nicht an, weigert sich also, die Aktionäre zu entschädigen. Was Rosneft anbetrifft, stieg der Konzern mittels der politischen Begünstigung und des Erwerbs von 100 Prozent der Aktien des Ölkonzerns TNK-BP in Höhe von 34,5 Milliarden Euro im Jahre 2013 zum größten Ölproduzenten der Welt auf.

Die zwei Prozesse gegen Chodorkowskij, seine Verurteilung zu insgesamt 14 Jahren Haft,⁴ die Zerschlagung des (privaten) Jukos-Konzerns und der Aufstieg der (staatlichen) Rosneft ist nicht nur ein Paradebeispiel für die politische Kontrolle des Justizwesens, sondern auch eines der vielen Indikatoren für die wachsende Macht und den Einfluss der *siloviki* – ehemalige oder aktive hochrangige Geheimdienstler, Militärs und Polizisten – im russländischen Regierungssystem und das Vordringen des Staates in die Wirtschaft.

SOWJETISCHE ZENTRALVERWALTUNGS- WIRTSCHAFT UND RUSSLÄNDISCHER STAATSKAPITALISMUS

Steigende Staatskontrolle und staatliche Intervention im System Putin kommen unter anderem im wachsenden Anteil des Staatssektors in der Wirtschaft zum Ausdruck. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums entfallen auf den staatlichen Sektor derzeit rund 50 Prozent des russländischen Bruttoinlandsprodukts. Dieser Wert lag 2006 bei nur 38 Prozent, aber 2008 schon bei 40 Prozent.⁵ Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 stiegen die Ausgaben der öffentlichen Hand um 40 Prozent. Der öffentliche Sektor wurde zur hauptsächlichen Beschäftigungsquelle. So wuchs die Anzahl der Staatsangestellten im Zeitraum von 2008-2012 um 1,1 Millionen auf rund 15 Millionen. Gleichzeitig fiel die Anzahl der im Rest der Wirtschaft Beschäftigten um 300.000.⁶ Eines der Probleme des Anwachsens der Beschäftigtenzahl im staatlichen Sektor bei gegenwärtig relativ hohen Inflationsraten (15 Prozent im September 2015) und sinkendem Realeinkommen ist die Wiederkehr des Axioms der Sowjetära und eines der Ursachen für chronische Ineffizienz: „Die da oben tun so, als würden sie uns bezahlen, und wir tun so, als würden wir arbeiten“. Ein anderes ist die enorm gestiegene Korruption.

Systemimmanente Korruption als integrales Systemelement

In seiner Eigenschaft als Präsident geißelte Medwedew Russlands „Kultur des Rechtsnihilismus“, die in ihrem Zynismus auf dem europäischen Kontinent nicht Ihresgleichen habe. Wenn das Land das „halbsowjetische“ und „archaische Gesellschaftssystem“ überwinden wolle, müssten „rechtsstaatliche Verhältnisse“ eingeführt werden. Das praktisch unüberwindbare Hindernis, das sich allerdings derartigen Bemühungen entgegenstellt, besteht darin, dass Bestechlichkeit und Gesetzlosigkeit wesentliche Pfeiler des Sowjetsystems waren und heute des Systems Putin sind. Tatsächlich war und ist Korruption in beiden Regierungssystemen als „systemimmanent“ anzusehen – nicht als Ausnahme, gegen die der Staat ankämpft, sondern die Regel. Beamte und Politiker haben sich daran gewöhnt, dass sie über dem Gesetz stehen

und tun können, was sie wollen – solange sie sich nach oben loyal verhalten. Kritiker sprechen angesichts solcher Zustände von einem „Neo-Feudalismus“ und „Kleptokratie“.⁷ Vermutlich ist die Korruption im heutigen Russland noch tiefer ausgeprägt als in der Sowjetunion, denn die Korruptions-„Währung“ ist nicht wie früher lediglich staatliches Eigentum sowie Macht und Einfluss im eigenen Land, sondern konvertibles, weltweit verwendbares Geld und Privatbesitz im In- und Ausland.

Abhängigkeit von Rohstoffen

Eine weitere Parallele zwischen der Sowjetunion Breschnjews und dem Russland Putins ist die – wie Medwedew in seiner Amtszeit als Präsident beklagte – „jahrhundertelange, erniedrigende Abhängigkeit“ des Landes von Rohstoffen. Eine über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg akzeptierte Daumenregel besagt, dass der Öl- und Gassektor rund zwei Drittel der Exporteinnahmen, ungefähr die Hälfte des Staatsbudgets und annähernd ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts, erwirtschaftet.

Trägt man beispielsweise auf der Zeitachse einer Grafik die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und die der Ölpreise im Zeitraum vom Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Jahr 2010 ein, dann sind die beiden Entwicklungslinien nahezu identisch. Entsprechend gingen auch die hohen Zuwachsraten der russischen Wirtschaft in den ersten beiden Amtszeiten Putins als Präsident (2000-2008) von durchschnittlich 6,9 Prozent auf den hohen Ölpreis zurück, der im Juli 2008 mit rund 150 USD pro Barrel einen Höhepunkt erreichte. Aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise fiel der Ölpreis aber bis Ende 2008 auf 35 USD pro Barrel. Als dann die Ölpreise wieder stiegen, blieb die sonst übliche Wirkung auf die Zuwachsraten des BIP aus. Die Wirtschaft rutschte in die Stagnation (Zuwachsraten 2013: 1,3 Prozent, 2014: 0,6 Prozent) und dann in die Rezession (2015: -3,7 Prozent). Infolge ausgebliebener Strukturveränderungen trugen fallende Ölpreise mit einem Rückgang auf lediglich 20 USD pro Barrel im Jahre 1991 wesentlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion bei. Putins Russland droht zwar nicht der Untergang, allerdings eine ernste Systemkrise, falls

der gegenwärtige Ölpreis von rund 30 USD pro Barrel Bestand haben sollte.

Mobilisierung statt Modernisierung

Die von Medwedew angestrebte Beseitigung der Abhängigkeit russischer Wirtschaft von Rohstoffen war Teil einer umfassenden Kampagne unter dem Schlagwort der „Modernisierung“. In der Sowjetära hieß das, die Wirtschaft von „extensivem“ auf „intensives“ Wachstum und die Jahrespläne „von der Quantität auf Qualität“ umzustellen. Die schon unter Chruschtschow entsprechend unternommenen Bemühungen endeten in der Stagnation der Breschnjew-Ära. Parteichef Andropow versuchte, den festgefahrenen Karren der Wirtschaft durch Disziplinierungs- und Antialkoholismuskampagnen wieder in Bewegung zu setzen, allerdings vergeblich. Ähnlich setzt Putin auf Mobilisierung mit national-patriotischer Ausrichtung, um die Stagnation zu überwinden. Das betrifft, wie unten weiter erläutert wird, vor allem den gesellschaftlichen Bereich. In der Amtszeit Medwedews als Präsident waren mit Modernisierung nicht nur grundlegende Strukturereformen in der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft gemeint. Auch daraus ist nichts geworden. In der dritten Amtszeit Putins erfolgt auch in diesem Bereich eine „Demedwedewisierung“ – die Rückkehr zu wesentlichen Bestandteilen des Systems Putin und damit des Sowjetsystems.

Rückkehr von hohen Staatsbeamten in die Aufsichtsräte der staatlichen Wirtschaftsunternehmen

In Anbetracht der Verfilzung von Staat und Wirtschaft verfügte Medwedew in seiner Eigenschaft als Präsident ein Programm zur Trennung der Posten hoher Staats- und Wirtschaftsmanager. Dadurch sollten Wettbewerbselemente in wirtschaftliche Abläufe eingebaut werden. Schon 2008 hatte er entsprechende Forderungen erhoben, allerdings erfolglos. Im April 2011 forderte er Ministerpräsident Putin ultimativ und öffentlichkeitswirksam auf, innerhalb kürzester Frist einen Rückzug seiner Stellvertreter und Minister aus den Verwaltungsräten staatlicher und staatlich kontrollierter Konzerne einzuleiten. Betroffen waren die Vorstände von

Großbetrieben unter anderem im Energiebereich (Gasprom, Rosneft, Transneft und Rosgasifikazija), im militärisch-industriellen Komplex (Vereinigter Flugzeug[bau] Konzern, Vereinigte Schiffswerften, „Energija“ Raketen- und Weltraumkonzern, Avionika, Maschinostroenija, Almas Antej und Taktischer Raketen[bau] Konzern KTRW), im Transportwesen (Staatliche Eisenbahnen und Aeroflot), Rostech und Rosatom sowie Banken (VEB und VTB). So musste beispielsweise Putin-Protégé und Vize-Ministerpräsident Igor Setschin seinen Posten als Verwaltungsratschef von Rosneft, des – nach der Zerschlagung von Jukos – größten russischen Ölkonzerns aufgeben.

Wie so viele Projekte und Programme verlief auch dieses Reformvorhaben im Sande. Bis Ende 2013 verringerte sich zwar die Anzahl hoher Staatsbediensteter in den Chefetagen der Staatsbetriebe und staatlich kontrollierten Aktiengesellschaften, aber im darauffolgenden Jahr beendete Medwedew – nun in seiner Eigenschaft als Regierungschef – nicht nur dieses Programm, sondern er ging auf Gegenkurs. Offensichtlich als Teil der national-patriotischen Mobilisierung im Zuge von Krim-Annexion, Krieg in der Ostukraine und westlichen Sanktionen werden nun wieder hohe Regierungsbeamte und persönliche Vertraute des Präsidenten in leitende Positionen von staatlichen und staatlich kontrollierten Konzernen platziert.

Ausgabenflut für innere und äußere Sicherheit

Der Sowjetunion und dem Russland Putins gemeinsam ist auch die enorme Zuteilung von Ressourcen für innere und äußere Sicherheit. Einer der quantitativen Indikatoren dafür ist das derzeit laufende staatliche Rüstungsprogramm für den Zeitraum von 2011-2020 in Höhe von 23 Billionen Rubel, umgerechnet 373 Mrd. USD.⁸ Im Jahr 2015 sollen die Militärausgaben um 812 Mrd. Rubel (13 Mrd. USD) auf ein Rekordhoch von 3,3 Billionen Rubel (54 Mrd. USD) steigen – eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 32,8 Prozent. Der Anteil der Militärausgaben am BIP beträgt 4,2 Prozent, also nicht gerade ein Prozentsatz, der auf eine Überbelastung der russländischen Wirtschaft hindeuten würde. Wenn aber von „Verteidigungs-“ oder „Militärausgaben“ Russlands gesprochen wird,

ist meist lediglich der Posten „nationale Verteidigung“ im Staatshaushalt gemeint. Dieser umfasst keineswegs alle Ausgaben für innere und äußere Sicherheit. So findet sich im Staatsbudget eine Zeile, die mit „nationale Sicherheit und Rechtsschutzsphäre“ bezeichnet wird. Die dort ausgewiesenen Ausgaben entsprechen einem Anteil von 1,9 Prozent des BIP. Rechnet man die Ausgaben für „nationale Verteidigung“ und „nationale Sicherheit“ und die „geheimen“ zusammen, lässt sich der Gesamtanteil für innere und äußere Sicherheit am BIP mit 5,4 Prozent beziffern, ein im Vergleich zu westlichen Industrieländern hoher Prozentsatz und zweifelsohne wie in der Sowjetära eine Belastung der russländischen Wirtschaft.

Der militärisch-industrielle Komplex als „Lokomotive“ der Gesamtwirtschaft

Putin selbst hat von „enormen Ressourcen“ gesprochen, „die in die Modernisierung unseres militärisch-industriellen Komplexes und Neuausrüstung unserer Armee investiert werden“. Er betrachtet dies jedoch nicht als eine Belastung, sondern als „Kraftstoff, um die Motoren für die Modernisierung unserer Wirtschaft anzutreiben und reales Wachstum zu schaffen“. Einige Leute argumentieren zwar, „dass der Wiederaufbau unseres militärisch-industriellen Komplexes die Wirtschaft mit einer schweren Last belegt“ und dass diese „die Sowjetunion in den Bankrott getrieben hat“. Putin ist sich aber „sicher, dass dies eine zutiefst wahnhafte Vorstellung ist“.⁹ Dass er dies ernst meint, wird durch seine Forderung im nationalen Sicherheitsrat Russlands unterstrichen, das Land müsse „bei der Modernisierung der Verteidigungsindustrie denselben mächtigen, all-umfassenden Sprung vorwärts unternehmen, wie der, der in den 1930er-Jahren [also unter Stalin] gemacht wurde“.¹⁰

Internationale Isolierung des Rüstungskomplexes

Die Abwicklung des Rüstungsprogramms hing bisher auch von ausländischer Technologie ab. Das galt sowohl für Komponenten für Waffen und militärische Ausrüstung als auch für ganze Waffensysteme. Der von der russländischen Marine beabsichtigte Kauf des franzö-

sischen Hubschrauberträgers *Mistral* war ein Beispiel dafür. Während die Rüstungsgeschäfte Russlands mit der EU nur einen sehr geringen Umfang hatten – lediglich 71 Millionen Euro im Zeitraum von 2011-2013 – verhielt sich dies mit *dual use* Technologien, also Industrieprodukte, die sowohl für zivile- als auch für militärische Zwecke verwandt werden können, ganz anders. Dies betrifft vor allem elektronische Komponenten der Informationstechnologie für Führungs-, Leit- und Kontrollsysteme. Ihr Wert belief sich vor den Sanktionen auf rund 20 Milliarden Euro jährlich. Wegen des – von Ausnahmeregelungen abgesehen – generellen Verbots der Ausfuhr dieser Technologien nach Russland wird das Land aber in naher und mittlerer Zukunft von ausländischer Hochtechnologie (USA, EU, Norwegen, Schweiz und Israel) entweder ganz abgeschnitten oder nur erheblich eingeschränkter Zugang haben. Für diejenigen Klüngel in Putins Umgebung, die schon lange auf Eigenständigkeit und Entwicklung des heimischen militärisch-industriellen Komplexes gedrängt haben, ist die Abkoppelung von ausländischer Hochtechnologie eine gute Nachricht, verspricht diese doch neuen Geldsegen. Ob jedoch die russische Rüstungsindustrie der neuen Herausforderung erfolgreich genügen kann, ist eine ganz andere Frage. Jedenfalls ist auch die zum Teil von außen verfügte, zum Teil selbst gewollte Isolierung der russländischen Rüstungsindustrie ein weiteres Teilstück der Rückkehr zu sowjetischen Verhältnissen.

DIE GESELLSCHAFT ALS STAATLICHE VERANSTALTUNG

Ein herausragendes Merkmal des Sowjetsystems war, wie der oben zitierte Artikel 6 der in der Breschnjew geltenden Verfassung zeigt, dass die Staatspartei KPdSU nicht nur die „führende und lenkende Kraft“ des Staates, sondern auch der „sowjetischen Gesellschaft“ und aller „gesellschaftlichen Organisationen“ war. Eine der wesentlichen Folgen dieses in die Wirklichkeit umgesetzten Anspruchs war es, keine systemunabhängigen Organisationen – Nicht-Regierungsorganisationen, NGOs – zuzulassen. Verfassungsmäßig verankerter Ausschließlichkeitsanspruch der Partei, also des Staates, und

unabhängige Zivilgesellschaft schlossen sich aus. Das System Putin nähert sich diesem Modell der Gesellschaft als staatliche Veranstaltung. Autonome, staatlich nicht initiierte und propagierte gesellschaftliche Entwicklungen werden erstickt. Für den Kreml im Sowjetsystem war es, und im System Putin ist es, von zentraler Bedeutung, die Deutungshoheit über alle inneren und internationalen Entwicklungen zu erringen. Presse, Rundfunk und Fernsehen werden für dieses Ziel eingesetzt. Das landesweite Fernsehen spielt dabei eine zentrale Rolle, denn alle internationalen Untersuchungen zeigen, dass dieses Medium den stärksten Einfluss auf die Meinungsbildung des größten Teils der Bevölkerung hat. Wie in der Sowjetära ist das russländische Fernsehen heute Staatsfernsehen – eine Entwicklung, die bereits in der ersten Amtszeit Putins als Präsident einsetzte. Mittels staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wurden der Chef des Ersten Kanals, Boris Beresowski, und Wladimir Gussinski von NTV unter Druck gesetzt und gezwungen, die Sender staatlicher Regie zu überantworten. Es gibt noch einige wenige Nischen unabhängigen Journalismus. Wie Morde an regimekritischen Journalisten (sowie Politikern und Menschenrechtsaktivisten) zeigen, ist es gefährlich, sich mit dem Regime anzulegen.

Die Unterdrückung unabhängiger Medien sowohl im Sowjetsystem als auch im System Putin ist ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der oben erwähnten chronischen Ineffizienz der Wirtschaft. Herausragendes Prinzip jeglicher Korruptionsbekämpfung ist Transparenz, die Herstellung von Öffentlichkeit und Überprüfbarkeit – Glasnost im Gorbatschowschen Sinne. Wenn Whistleblowers diskreditiert und verfolgt werden und keinen Schutz von unabhängigen Gerichten erwarten können, dann lässt sich Korruption auch nicht wirksam bekämpfen.

National-Patriotismus

Zu Recht hat Putin festgestellt, dass „wir die Sowjetideologie hinter uns gelassen haben“ und dass es zur marxistisch-leninistischen Ideologie „keine Rückkehr geben wird“.¹¹ Das bedeutet allerdings nicht, dass es keinen Ideologieersatz gibt. Die Sowjetideologie stalinistischer Prägung hatte nicht nur im Zweiten Weltkrieg, dem

„Großen Vaterländischen Krieg“, eine deutlich nationalistische Komponente. In den 1930er-Jahren verkündete Stalin axiomatisch, dass der „wahre Internationalist“ bereit sei, „die Sowjetunion ohne Zögern bedingungslos zu unterstützen“. Nach der Annexion der Krim und als Teil der derzeitigen nationalpatriotischen Euphorie ist nicht die gegenwärtige Russländische Föderation normativer Bezugspunkt, sondern das geschichtliche Russland. Putin will, dass es den Kern einer Russischen Welt (russkij mir) bildet, in der, wie er sagt, „die russische Sprache die Hauptform des Ausdrucks und Trägers der nationalen Einheit ist“ und „durch die Russische Orthodoxe Kirche vereint wird“. Der Russischen Welt sollen nicht nur Ukrainer und Weißrussen angehören, sondern auch weitere „Millionen von Menschen weit über die Grenzen unseres Landes hinaus“, die sich der russischen Geschichte und Kultur verpflichtet fühlen.¹² Mit Hilfe der Russisch-Orthodoxen Kirche wird das Christentum in einer „konservativen“ und „traditionellen“ Auslegung zu einer Art Staatsideologie umfunktioniert, die gleichzeitig anti-westlichen und anti-liberalen Charakter hat. Die russische national-patriotische Ausrichtung verbindet sich damit mit den Überzeugungen der europäischen Rechtsradikalen, die europäischer Integration und trans-atlantischer Kooperation ablehnend gegenüberstehen – und diese Haltung wiederum wird von den Linksradiakalen geteilt. Diese in hohem Grade „unheilige Allianz“ aus Russisch-Orthodoxer Kirche, russischen Nationalpatrioten sowie europäischen Rechts- und Linksradiakalen dient Moskau zugleich als Instrument in seiner Außenpolitik.

RÜCKKEHR ZUR „ANTI-IMPERIALISTISCHEN“ AUSSENPOLITIK

Nach seiner Absage an wirtschaftliche Modernisierung mittels politischer und gesellschaftlicher Reformen sowie enger Zusammenarbeit mit der EU und den USA ist der Kreml auf eine scharf anti-westliche Linie eingeschwenkt. Ein umfangreicher propagandistischer Apparat ist aufgebaut worden, der in seiner Bosheit und Lügenhaftigkeit sowjetische „Vorbilder“ weit übertrifft. Unaufhörlich wird der russischen Bevölkerung eingehämmert, der Westen – allen voran die USA – hätte zum Ziel, Russland zu

schwächen, es in seine Einzelteile zu zerlegen, seine natürlichen Ressourcen in Besitz zu nehmen, seinen Einfluss auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan zu beseitigen und es aus wichtigen Fragen der Weltpolitik herauszuhalten.

Die nahezu „klassische“ Formulierung derartiger Unterstellungen hat Putin bereits im September 2004 nach dem Terrorangriff im nordkaukasischen Beslan gegeben. „Einige [Staaten oder Kräfte]“, so der Kreml-Chef, „wollen ein ‚saftiges Stück‘ aus unserem Fleisch herausreißen“. Sie gingen dabei davon aus, „dass Russland als eine der größten Nuklearmächte der Welt noch immer eine Bedrohung darstellt und es gelte, diese Bedrohung zu beseitigen“. Den Terrorismus hielt er für ein Instrument dieser Staaten oder Kräfte, „um diese Ziele zu verwirklichen“.¹³

Die anti-westliche Ausrichtung der Propaganda mit ihrer festen innenpolitischen Verankerung zeigt sich besonders deutlich in der Haltung Moskaus zu den „Farbrevolutionen“. Gemeint sind damit der Sturz Miloševićs im Jahre 2000, die „Rosenrevolution“ in Georgien 2003 sowie die „Orange“-Revolution 2004-2005 und der Euro-Majdan 2013-2014 in der Ukraine. Der Stilisierung des Kremls zufolge sind die Ereignisse, die sich mit diesen Geschehnissen verbinden, überhaupt keine „Revolutionen“, sondern Staatsstrieche. Diese seien von den westlichen Geheimdiensten organisiert und finanziert worden. Dabei nutzten sie, wie Putin festgestellt hat, sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen, die allerdings keineswegs unabhängig seien, sondern „von ausländischen Regierungen finanziert“ werden, also ein „Instrument sind, das ausländische Staaten anwenden, um ihre Russlandpolitik auszuführen.“¹⁴ Von diesem Standpunkt betrachtet, ist es eine logische Folge, dass der russländischen Gesetzgebung zufolge ausländische Organisationen, die nach Ansicht der Behörden eine Bedrohung für die Verfassung oder die Sicherheit des Staates darstellen, für „unerwünscht“ erklärt werden können. Gegen derartige Organisationen können Strafmaßnahmen wie das Einfrieren von Guthaben oder ein Verbot verhängt werden. Außerdem drohen Mitarbeitern der entsprechenden Organisationen bis zu sechs Jahren Haft

oder ein Verbot, nach Russland einzureisen. Zudem müssen sich russländische NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren. Dadurch werden diese praktisch als Spione diskreditiert und von den Behörden scharf kontrolliert sowie schikaniert.

Die Parallelen zur sowjetischen Außenpolitik sind dabei unverkennbar. Unablässig und mit großer Vehemenz wird von Moskau die Rechtfertigung vorgetragen, seine Außen- und Sicherheitspolitik sei friedfertig. Da, wo es Gewalt einsetze und militärisch interveniere, geschehe dies nur, um eine akute äußere Bedrohung abzuwehren. So wird heute in der russländischen Propaganda die Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei im August 1968 wieder als präventive Maßnahme dargestellt, um einem Angriff der NATO zuvorzukommen. Die enormen Rüstungsanstrengungen werden als Reaktion auf das „unaufhörliche Vordringen der NATO an Russlands Grenzen“ dargestellt, und die Annexion der Krim sei unter anderem deswegen dringend geboten gewesen, um Sewastopol nicht in die Hände der westlichen Allianz fallen zu lassen.

Die Anwendung von Gewalt in der Außenpolitik Moskaus damals wie heute ist jedoch nicht als Abwehr äußerer militärischer Gefahren zu werten. Diese ist vielmehr eine Reaktion auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipationsbestrebungen in einem geographischen Bereich, den der Kreml als seine Einflussphäre betrachtet. In der Sowjetära wie heute sind es die Bestrebungen der betreffenden Länder, einen demokratisch, pluralistischen, marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Entwicklungsweg zu beschreiten, die dem Kreml widerstreben. Er fasst diese als Untergrabung seiner Kontroll- und Einflussmöglichkeiten nach außen und seiner Herrschaft im Inneren auf. Infolgedessen ist offensichtlich, dass es nicht die NATO-Osterweiterung ist, die die Moskauer Machtelite in Bedrängnis bringt, sondern die Erweiterung der EU.

FAZIT

Russland ist natürlich nicht eine territorial geschrumpfte Sowjetunion, nur unter einem anderen Namen. Der Marxismus-Leninismus als Ideologie ist und bleibt tot, und die UdSSR

mit seinen fünfzehn Republiken staatsrechtlich wiederherzustellen, ist praktisch unmöglich. Dies ist auch nicht erklärtes oder unerklärtes Ziel Moskaus. Dennoch sind wichtige Strukturelemente des Sowjetsystems in das „System Putin“ wieder eingeführt worden. Dies betrifft alle Dimensionen der Entwicklung Russlands seit dem Amtsantritt Putins als Präsident im Jahre 2000 und verstärkt nach dem Beginn seiner dritten Amtszeit 2012. Der Machtstellung des Generalsekretärs der KPdSU entspricht die Putins – dies eher in einer stalinistischen Variante als Alleinherrscher, denn in der begrenzten Form der Chruschtschow- oder Breschnjew-Ära mit formalisierter, kollektiver Entscheidungsfindung, Personenkult um den Chef im Kreml ist allerdings beiden Systemen gemeinsam.

Zwar ist das in der Verfassung der UdSSR verankerte Machtmonopol der KPdSU Geschichte, aber die Partei Einiges Russland ist de facto Einheitspartei. Da diese Partei wie Gerechtes Russland regierungskonform agiert, ist auch – wie in der Sowjetunion – die für demokratische Systeme typische Gewaltenteilung aus den Angeln gehoben. Die Exekutive schaltet und waltet wie es ihr passt und lässt ihr Vorgehen durch die Legislative absegnen. Die Judikative unterliegt ebenfalls der Kontrolle durch die Regierung. Die Rechtsorgane wie Gericht, Staatsanwaltschaft und Polizei werden politisch instrumentalisiert.

Die in der Jelzin-Ära entstandene Marktwirtschaft wird immer stärker seines „fairen“ Attributs beraubt und durch korrupte Verbindungen mit den Behörden deformiert. Freunde und Weggefährten des Präsidenten werden zu hochrangigen Behördenchefs, nehmen Filetstücke der Wirtschaft in Besitz und häufen Reichtümer an, von denen Sowjetfunktionäre nur träumen konnten. Der Staat greift immer weiter auf und tiefer in wirtschaftliche Abläufe ein und setzt auf zentrale Kontrolle. Sein Anteil an der Gesamtwirtschaft wächst. Der militärisch-industrielle Komplex soll als Motor gesamtwirtschaftlicher Modernisierung dienen.

Die Gesellschaft wird mit dem künstlichen Aufbau äußerer Bedrohungen, national-patriotischen Appellen und anti-westlichen Ressentiments auf Vordermann gebracht. Die russische Geschichte, nicht zuletzt der Große Vaterländi-

sche Krieg, wird heroisiert, Stalin als Staatsmann und großer Heerführer aufgewertet und der Molotow-Ribbentrop-Pakt als politisch notwendig und moralisch unproblematisch hingestellt. Die Vierte Gewalt in Form von einflussreichen unabhängigen Medien ist wieder praktisch ausgeschaltet. Das zentrale Fernsehen und die staatlichen Informationsapparate formen und verwalten die öffentliche Meinung. Nicht-Regierungsorganisationen, soweit diese auch im Entferntesten politisch aktiv sind oder aus dem Ausland Geld erhalten, werden diskreditiert und unter Druck gesetzt. Dadurch und durch das Fehlen einer unabhängigen Justiz wird verhindert, dass eine aktive Zivilgesellschaft entsteht.

Diesen fatalen Entwicklungen entgegen steht immer noch das Internet, das sich, wie das chinesische Beispiel zeigt, nur schwer kontrollieren lässt. Einer völligen Rückkehr zu einem System sowjetischer Prägung mit Abschottung von der Weltwirtschaft steht auch die Realität der Globalisierung entgegen. Letzten Endes führt jedoch das entstandene System Putin wie das Sowjet-system Breschnjews mit seinen steigenden Kosten und der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen neoimperialen Ambitionen und verfügbaren Ressourcen in die Stagnation und den Niedergang. Die Frage ist nur, ob das bereits verfestigte System noch veränderbar ist.

|| PROF. DR. HANNES ADOMEIT

Ehem. Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Natolin (Warschau) und davor Leiter der Forschungsgruppe Russland und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ Putin-Interview im russländischen Fernsehen, Ria.ru, 17.10.2011; <http://ria.ru/politics/20111017/462204254.html>, Stand: 19.10.2015. Der Begriff „russländisch“ (rossijskij) wird hier, wo erforderlich, konsequent verwandt. Er ist von „russisch“ (russkij) zu trennen. Das erste Adjektiv hat eine politische und rechtliche Dimension und bezieht sich auf die Russländische Föderation (Rossijskaja Federatsija). Das zweite ist historische und ethnisch zu verstehen. Es bezieht sich auf das Russland unter den Zaren und ethnisch auf „Russen“, die der derzeitigen
- nationalpatriotischen Euphorie zufolge den Kern der Russischen Welt (russkij mir) bilden.
- ² Die Analyse der Zentralisierungstendenzen beruht auf Heinemann-Grüder, Andreas: Regionale Diskrepanzen in Russland: Politisch verursacht, in: Bpb.de, 11.4.2014, <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/182692/analyse-regionale-diskrepanzen-in-russland-politisch-verursacht>, Stand: 10.10.2015.
- ³ Im April 2012 verabschiedete die Duma ein Gesetz, das die Direktwahl der Gouverneure wieder einführt – dies allerdings mit einem „Präsidentenfilter“. Der Präsident erhielt das Recht, die Kandidaten zur Konsultation vorzuladen. Der Präsident verfügt auch über genügend „administrative Ressourcen“ und informelle Hebel, um seinen Wunschkandidaten durchzusetzen.
- ⁴ Chodorkowskij hätte dem zweiten Urteil nach vom Dezember 2010 bis 2017 im Gefängnis bleiben müssen. Im Dezember 2013 wurde er allerdings überraschend freigelassen. Auch dies ist ein Beweis für die politische Instrumentierung des Falls, denn dieser Schritt erfolgte kurz vor dem Beginn der Olympischen Winterspiele in Sotschi.
- ⁵ Laut Angaben des russländischen Wirtschaftsinstituts „Jegor Gaidar“, http://de.ria.ru/trade_and_finance/20121106/264878636.html, Stand: 3.3.2014.
- ⁶ Orlova, Natalya: Russia's Economy is Constrained by its Growth Model, <http://blogs.ft.com/beyondbrics/2013/04/23/guest-post-russias-economy-is-constrained-by-its-growth-model/>, Stand: 10.10.2015.
- ⁷ Grundlegend dazu Dawisha, Karen: Putin's Kleptocracy: Who Owns Russia?, New York 2014.
- ⁸ Umrechnungskurs von Anfang September 2015. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Programms im Dezember 2010 waren die 23 Billionen Rubel noch 755 Milliarden USD wert.
- ⁹ Putin, Vladimir: Being Strong: Why Russia Needs to Rebuild its Military, in: Foreignpolicy.com, 21.2.2012, <http://foreignpolicy.com/2012/02/21/being-strong/>, Stand: 11.10.2015.
- ¹⁰ Reuters, 31.8.2015.
- ¹¹ Putin auf einem Treffen des Valdai-Clubs am 19.9.2013, in: Kremlin.ru, 19.9.2013, <http://eng.kremlin.ru/news/6007>, Stand: 11.10.2015.
- ¹² Vladimir Putin: V osnove russkoj natsii i rossijskogo centralizovannogo gosudarstva ležat edinye dykhovnye cennosti, in: Regnum.ru, 23.7.2013, <http://www.regnum.ru/news/polit/1687151.html>, Stand: 19.10.2015.
- ¹³ Fernsehansprache am 4.9.2004, http://www.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752_type63374_76320.shtml. Mit dem „saftigen Stück Fleisch“ war im Zusammenhang mit Beslan offensichtlich der Nordkaukasus gemeint.
- ¹⁴ Diese Ausführungen machte Putin nicht in der Rede selbst, sondern im Verlauf der Diskussion.